

Clara Marini

Anwendbarkeit des europäischen Rechts auf Gerichtsstandsvereinbarungen

Auslandsbezug als Voraussetzung der Anwendbarkeit der EuGVVO¹

Durch Gerichtsstandsvereinbarungen kann festgelegt werden, welches Gericht für eine bestimmte Streitigkeit zuständig ist. Sie sind vor allem für den internationalen Handelsverkehr von zentraler Bedeutung, insbesondere für die Vertragsgestaltung und das vorbeugende *litigation management*.² Der Abschluss von Gerichtsstandsvereinbarungen wird deshalb vom Unionsgesetzgeber gefördert.³

Bei der Regelung von Gerichtsstandsvereinbarungen geht es unter anderem darum, den Konflikt zwischen Parteiautonomie und öffentlichen sowie privaten Schutzinteressen richtig auszubalancieren; dabei sollen größtmögliche Parteiautonomie und Verlässlichkeit der Gerichtsstandsvereinbarung sichergestellt werden.⁴

¹ Verordnung (EU) 1215/2012.

² Commission Staff Working Paper 27: „one of the most important jurisdictional devices of modern times“; *Simotta* in *Fasching/Konecny*, ZPG Art 25 EuGVVO 2012 Rz 1; *Mankowski* in *Rauscher*, EuZPR Art 25 Brüssel Ia-VO Rz 1; *Weller*, Der Kommissionsentwurf 34; *Czernich*, Gerichtsstandsvereinbarung und Auslandsbezug 458.

³ *Hess*, Europäisches Zivilprozessrecht Rz 6.150.

⁴ *Heinig*, Grenzen von Gerichtsstandsvereinbarungen 75; *Weller*, Der Kommissionsentwurf 34; *Czernich*, Gerichtsstandsvereinbarung und Auslandsbezug 458; *Geimer* in *Geimer/Schütze*, Europäisches Zivilverfahrensrecht Art 25 Rz 8 f.

Wenn ein Gericht mit der Beurteilung einer Gerichtsstandsvereinbarung befasst wird, prüft es zunächst, ob diese nach nationalem Recht (in Österreich § 104 JN⁵) oder nach europäischem Recht (Art 25 EuGVVO) zu beurteilen ist. Art 25 EuGVVO ist nur anwendbar, wenn ein Auslandsbezug besteht. Liegt dieser nicht vor, handelt es sich also um einen rein innerstaatlichen Sachverhalt, dann richtet sich die Beurteilung der Gerichtsstandsvereinbarung nach nationalem Recht.

Die Voraussetzung eines Auslandsbezuges ergibt sich aus dem europäischen Primärrecht, nämlich aus Art 81 AEUV⁶, der die Kompetenzgrundlage für den Erlass der EuGVVO bildet.⁷ Abs 1 des genannten Artikels normiert dabei Folgendes: „Die Union entwickelt eine justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen mit grenzüberschreitendem Bezug, [...]“. Hier wird bereits auf die Notwendigkeit eines grenzüberschreitenden Bezugs hingewiesen. Ohne grenzüberschreitenden Bezug fehlt der EU also die Regelungskompetenz.

Es stellt sich folglich die Frage, wann ein solcher grenzüberschreitender Bezug vorliegt. Im Primärrecht findet sich keine Definition, weshalb diese Frage unklar und umstritten ist.⁸

Einen einheitlichen „grenzüberschreitenden Bezug“ gibt es nach der herrschenden Meinung nicht. Es ist im Einzelfall gesondert zu prüfen, worin der grenzüberschreitende Bezug besteht und ob dieser im konkreten Fall vorliegt.⁹

Der Auslandsbezug wird vom EuGH ebenso im Einzelfall beurteilt und eher weit ausgelegt.¹⁰

⁵ Jurisdiktionsnorm RGBI 111/1895 idF BGBl I 50/2025.

⁶ Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABI C 2016/202, 1.

⁷ Kodek in *Fasching/Konecny*, ZPG Vor Art 1: Einleitung zur EuGVVO Rz 20; Kodek in *Fasching/Konecny*, ZPG Art 1 EuGVVO 2012 Rz 40; Mayr in *Mayr*, Europäisches Zivilverfahrensrecht Rz 3.48; Hess, Europäisches Zivilprozessrecht Rz 5.4; Thole in *Stein/Jonas*, Kommentar zur Zivilprozessordnung vor Art 1 Einleitung Rz 29.

⁸ Mayr, Europäisches Zivilprozessrecht Rz I/28; Simotta in *Fasching/Konecny*, ZPG Vor Art 4 ff: Überblick über das Zuständigkeitssystem der EuGVVO 2012 Rz 23.

⁹ Mayr in *Mayr*, Europäisches Zivilverfahrensrecht Rz 3.50; Mayr, Europäisches Zivilprozessrecht Rz I/28; Simotta in *Fasching/Konecny*, ZPG Vor Art 4 ff: Überblick über das Zuständigkeitssystem der EuGVVO 2012 Rz 23; Czernich in *Czernich/Kodek/Mayr*, Europäisches Gerichtsstands- und Vollstreckungsrecht zu Artikel 1 Rz 6; Hess, Europäisches Zivilprozessrecht Rz 5.9.

¹⁰ Vgl bspw EuGH 17.11.2011, C-327/10 (*Hypoteční banka*) Rz 28 ff; EuGH 14.11.2013, C 478/12 (*Maletic*) Rz 29.

Auslandsbezug durch die Gerichtsstandsvereinbarung selbst

Mein Vortrag sowie die dem Vortrag zugrundeliegende Arbeit beschäftigten sich mit einem spezifischen Anlassfall¹¹ und der Auslegung des grenzüberschreitenden Bezugs in diesem Kontext.

In der Rechtssache C-566/22 (*Inkreal*)¹² ging es um zwei Gesellschaften slowakischen Rechts mit Sitz in der Slowakei, die in ihren Darlehensverträgen die Zuständigkeit tschechischer Gerichte vereinbart hatten. Abgesehen von der Gerichtsstandsvereinbarung gab es keinen Bezug zu einem anderen Staat. Nachdem eine der Gesellschaften Klage in Tschechien erhob, stellte sich die Frage, ob die Gerichtsstandsvereinbarung selbst den geforderten Auslandsbezug herstellen kann.¹³

Die deutschsprachige herrschende Ansicht vertritt, dass in einem Fall wie dem vorliegenden der Auslandsbezug gegeben und die EuGVVO anwendbar sei.¹⁴

Es sollen im Folgenden zwei der verschiedenen Begründungsansätze exemplarisch dargestellt werden.

¹¹ EuGH 08.02.2024, C-566/22 (*Inkreal*).

¹² EuGH 08.02.2024, C-566/22 (*Inkreal*).

¹³ EuGH 08.02.2024, C-566/22 (*Inkreal*) Rz 13.

¹⁴ *Klauser/Kodek* in *Klauser/Kodek*, JN - ZPO Art 25 EuGVVO 2012 E 31; *Wittwer* in *Mayr*, Europäisches Zivilverfahrensrecht Rz 3.651; *Czernich* in *Czernich/Kodek/Mayr*, Europäisches Gerichtsstands- und Vollstreckungsrecht zu Artikel 1 Rz 7; *Kodek* in *Fasching/Konecny*, ZPG Art 1 EuGVVO 2012 Rz 37; *Simotta* in *Fasching/Konecny*, ZPG Vor Art 4 ff: Überblick über das Zuständigkeitssystem der EuGVVO 2012 Rz 23; *Burgstaller/Neumayr* in *Burgstaller/Neumayr/Geroldinger/Schmaranzer*, Internationales Zivilverfahrensrecht zu Art 23 EuGVO Rz 11; *Mayr*, Europäisches Zivilprozessrecht Rz II/195; *Schlosser* in *Schlosser/Hess*, EU-ZPR Art 25 EuGVVO Rz 6; *Gottwald* in *MüKoZPO Brüssel Ia-VO* Art 25 Rz 4; *Markus*, Internationales Zivilprozessrecht Rz 1286 f; *Hess*, Europäisches Zivilprozessrecht Rz 6.155; *Auer* in *Geimer/Schütze*, Internationaler Rechtsverkehr Vor Art 2 Rz 12, Art 23 Rz 10 ff; *Frauenberger-Pfeiler* in *FS Rechberger* 125 ff; *Burgstaller/Neumayr* in *FS Schlosser* 122 ff; *Czernich*, Gerichtsstandsvereinbarung und Auslandsbezug 458; *Klicka*, Keine Prorogation 187; *Aull*, Geltungsanspruch 100; *Hausmann* in *Reithmann/Martiny*, Internationales Vertragsrecht Rz 8.20; *Heinig*, Grenzen von Gerichtsstandsvereinbarungen 117 ff; *Thole* in *Stein/Jonas*, Kommentar zur Zivilprozessordnung Art 25 Rz 23.

Einige Autorinnen¹⁵ stellen darauf ab, ob das *forum prorogatum* (das gewählte Gericht) und das *forum derogatum* (das ausgeschlossene Gericht) in verschiedenen Staaten liegen. Immer wenn ein sonstiger von der EuGVVO vorgesehener Gerichtsstand abbedungen wird, stellt dies den Auslandsbezug her. Im konkreten Fall wird die innerstaatliche (slowakische) Gerichtsbarkeit ausgeschlossen und die ausländischen (tschechischen) Gerichte gewählt, weshalb die EuGVVO hier nach dieser Meinung zur Anwendung kommt.

Andere argumentieren, es bestehe zum maßgeblichen Zeitpunkt der Klagserhebung jedenfalls ein Auslandsbezug, da beide Parteien ihren (Wohn-)Sitz im Ausland (aus Sicht des angerufenen Gerichtes) haben. In diesem Fall wird auf das Auseinanderfallen von Sitz- und Gerichtsstaat abgestellt.¹⁶

Die Anwendbarkeit der EuGVVO fördere die Vorhersehbarkeit, da die Parteien wissen, an welchem Ort sie ihre Rechtsstreitigkeiten austragen werden.¹⁷ Weiters könne das Gericht so – ohne eine tiefgehende Prüfung des Auslandsbezugs – leicht seine eigene Zuständigkeit prüfen, was ebenso der Vorhersehbarkeit diene.¹⁸ Außerdem werde die Parteiautonomie gefördert; es solle den Parteien freistehen, durch ihre Wahl den Sachverhalt international zu gestalten.¹⁹ All dies trage zur Rechtssicherheit bei.²⁰

Die Gegenstimmen halten die bloße Gerichtsstandsvereinbarung nicht für ausreichend,²¹ da es einen „objektiven Bezug“ zum andern Mitgliedsstaat brauche.²²

¹⁵ *Simotta* in *Fasching/Konecny*, ZPG Vor Art 4 ff: Überblick über das Zuständigkeitssystem der EuGVVO 2012 Rz 23; *Auer* in *Geimer/Schütze*, Internationaler Rechtsverkehr Vor Art 2 Rz 12; *Hausmann* in *Reithmann/Martiny*, Internationales Vertragsrecht Rz 8.20; *Aull*, Geltungsanspruch 129; *Burgstaller/Neumayr* in FS Schlosser 123.

¹⁶ *Wittwer* in *Mayr*, Europäisches Zivilverfahrensrecht Rz 3.651; *Mayr*, Europäisches Zivilprozessrecht Rz II/195; *Klicka*, Keine Prorogation 187; *Czernich*, Gerichtsstandsvereinbarung und Auslandsbezug 458; aA: *Aull*, Geltungsanspruch 115 ff (lehnt dies ausdrücklich ab).

¹⁷ *Frauenberger-Pfeiler* in FS Rechberger 129; *Aull*, Geltungsanspruch 102.

¹⁸ *Frauenberger-Pfeiler* in FS Rechberger 129 f; 130 f; *Mayr*, Europäisches Zivilprozessrecht Rz II/195.

¹⁹ *Markus*, Internationales Zivilprozessrecht Rz 1286 f; *Aull*, Geltungsanspruch 102

²⁰ *Frauenberger-Pfeiler* in FS Rechberger 129; *Czernich*, Gerichtsstandsvereinbarung und Auslandsbezug 458; *Aull*, Geltungsanspruch 102.

²¹ *Mankowski* in *Rauscher*, EuZPR Art 25 Brüssel Ia-VO Rz 24.

²² *Mankowski* in *Rauscher*, EuZPR Art 25 Brüssel Ia-VO Rz 23.

Außerdem könnten so nationale Schutzvorschriften umgangen werden.²³ Es wäre zudem nicht systemtreu, da auch die Wahl des materiellen Rechts durch Art 3 Abs 3 Rom I-VO²⁴ beschränkt ist.²⁵

Im anlassgebenden Verfahren vor dem EuGH vertrat der Generalanwalt ebenfalls die Ansicht, dass die EuGVVO nicht anwendbar sei.²⁶ Der Auslandsbezug müsse anhand objektiver Kriterien ermittelt werden, der bloße Wille der Parteien reiche nicht aus.²⁷ Die Parteiautonomie könne nicht so weit reichen, den Anwendungsbereich der EuGVVO in Frage zu stellen²⁸ und das nationale Zuständigkeitsrecht „abzuwählen“.²⁹

Der EuGH selbst entschied jedoch für die Anwendbarkeit der EuGVVO.³⁰ Das Vorliegen einer Gerichtsstandsvereinbarung zugunsten eines Gerichts in einem anderen Mitgliedsstaat zeige schon für sich genommen einen grenzüberschreitenden Bezug.³¹

Dieses Ergebnis diene der Rechtssicherheit in mehrfacher Hinsicht.³² Die Vertragsparteien sollen vorhersehen können, wo sie ihren Rechtsstreit führen werden.³³ Außerdem sollen Gerichte ohne Schwierigkeiten ihre eigene Zuständigkeit prüfen können. Aus diesem Grund dürfen auch keine zusätzlichen Umstände für den Auslandsbezug erforderlich sein, deren Erheblichkeit wiederum vom Gericht zu prüfen wäre.³⁴

Im Ergebnis ist diese Entscheidung zutreffend.

Dies wird vor allem klar, wenn man sich die Alternative vor Augen führt. Denn Parteien können ihre Streitigkeiten nach Belieben ins Ausland verlagern, ob die EuGVVO nun auf diese

²³ *Kropholler/von Hein*, Europäisches Zivilprozessrecht Art 23 EuGVO Rz 89.

²⁴ VO (EU) 593/2008.

²⁵ *Kropholler/von Hein*, Europäisches Zivilprozessrecht Art 23 EuGVO Rz 89.

²⁶ Schlussanträge des GA 12.10.2023, C-566/22 (*Inkreal*) Rz 50.

²⁷ Ebd Rz 32.

²⁸ Ebd Rz 35.

²⁹ Ebd Rz 33.

³⁰ EuGH 08.02.2024, C-566/22 (*Inkreal*) Rz 40.

³¹ Ebd Rz 25.

³² Ebd Rz 27 ff.

³³ Ebd Rz 29.

³⁴ Ebd Rz 33.

Gerichtsstandsvereinbarung anwendbar ist oder nicht.³⁵ In Österreich ist es auch möglich, ohne Bezug zum Inland einen Prozess vor österreichischen Gerichten zu führen.³⁶

Jedoch sind die Anforderungen an die Wirksamkeit nach nationalem Recht (§ 104 JN) nicht dieselben wie nach Art 25 EuGVVO. Zum Beispiel ist der urkundliche Nachweis nach Art 25 im Gegensatz zu § 104 JN nicht zwingend notwendig.³⁷ Die uneinheitliche Beurteilung nach dem nationalen Prozessrecht jedes einzelnen Mitgliedsstaats schafft Rechtsunsicherheit, die durch die einheitliche Anwendung des Art 25 vermieden werden kann.

Die Neuheit der Entscheidung in der Rechtssache *Inkreal* liegt also nicht darin, dass es nun möglich ist, Rechtsstreitigkeiten ins Ausland zu verlagern, sondern darin, die Beurteilung von Fällen wie dem vorliegenden zu vereinheitlichen und dadurch Rechtssicherheit zu schaffen.

³⁵ So auch *Burgstaller/Neumayr* in FS Schlosser 124 f.

³⁶ *Kustor/Prossinger* in *Kodek/Oberhammer*, ZPO-ON § 104 Rz 56; *Simotta* in *Fasching/Konecny*, ZPG § 104 Rz 121, 124; *Mayr* in *Rechberger/Klicka*, ZPO zu § 104 JN Rz 16; *Braun* in *Höllwerth/Ziehensack*, ZPO-Taschenkommentar § 104 JN Rz 56.

³⁷ *Kustor/Prossinger* in *Kodek/Oberhammer*, ZPO-ON § 104 Rz 21 ff, 103; *Simotta* in *Fasching/Konecny*, ZPG § 104 Rz 43 ff; *Simotta* in *Fsching/Konecny*, ZPG Art 25 EuGVVO 2012 Rz 111 ff, 312/2; *Mayr* in *Rechberger/Klicka*, ZPO zu § 104 JN Rz 8 ff; *Braun* in *Höllwerth/Ziehensack*, ZPO-Taschenkommentar § 104 JN Rz 22 ff.

Literaturverzeichnis

Jaques Matthias Aull, Der Geltungsanspruch des EuGVÜ: „Binnensachverhalte“ und Internationalen Zivilverfahrensrecht in der Europäischen Union. Zur Auslegung von Art. 17 Abs. 1 S. 1 EuGVÜ, Frankfurt am Main: Peter Lang 1996

Alfred Burgstaller, Matthias Neumayr, Andreas Geroldinger & Gerhard Schmaranzer (Hrsg), Internationales Zivilverfahrensrecht, Wien: LexisNexis 2000-2020 (Lsbl)

Commission Staff Working Paper: Impact Assessment. Accompanying document to the Proposal for a Regulation of the European Parliament and the Council on jurisdiction and the recognition and enforcement of judgments in civil and commercial matters, COM/2010/748 final, SEC/2010/1547 final

Dietmar Czernich, Gerichtsstandsvereinbarung und Auslandsbezug, wbl 10 (2004) 458

Dietmar Czernich, Georg E. Kodak & Peter G. Mayr (Hrsg), Europäisches Gerichtsstands- und Vollstreckungsrecht. Brüssel Ia-Verordnung (EuGVVO 2012) und Übereinkommen von Lugano 2007, Wien: LexisNexis ⁴2015

Hans W. Fasching & Andreas Konecny (Hrsg), Kommentar zu den Zivilprozessgesetzen, Wien: MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung ³2013 ff

Reinhold Geimer & Rolf A. Schütze (Hrsg), Europäisches Zivilverfahrensrecht. Kommentar, München: C.H. Beck ⁴2020

Reinhold Geimer & Rolf A. Schütze (Hrsg), Internationaler Rechtsverkehr in Zivil- und Handelssachen. Loseblatt-Handbuch mit Texten, Kommentierungen und Länderberichten, München: C.H. Beck 1973 ff (Lsbl)

Jens Heinig, Grenzen von Gerichtsstandsvereinbarungen im Europäischen Zivilprozessrecht, Jena: JWV Jenaer Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2010

Burkhard Hess, Europäisches Zivilprozessrecht, Berlin/Boston: De Gruyter ²2020

Johann Höllwerth & Helmut Ziehe (Hrsg), ZPO Taschenkommentar. mit JN EGZPO und EGJN, Wien: LexisNexis 2019

Alexander Klause & Georg Kodak (Hrsg), Jurisdiktionsnorm und Zivilprozessordnung. samt Einführungsgesetzen und Nebengesetzen sowie den Vorschriften des europäischen Zivilprozessrechts. mit erläuternden Anmerkungen, Verweisungen, Literaturhinweisen und einer Übersicht der maßgeblichen Rechtsprechung [JN – ZPO], Wien: MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung ¹⁸2018

Thomas Klicka, Keine Prorogation eines ausländischen Gerichts bei reinen Inlandsfällen, JBI 3 (2004) 187

Georg E. Kodek & Paul Oberhammer (Hrsg), ZPO-ON – Kommentar zu JN und ZPO samt Einführungsgesetzen, Wien: MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung 2023

Jan Kropholler & Jan von Hein, Europäisches Zivilprozessrecht. Kommentar zu EuGVO, Lugano-Übereinkommen, EuVTVO, EuMVVO und EuGFVO, Frankfurt am Main: Verlag Recht und Wirtschaft ⁹2011

Alexander R. Markus, Internationales Zivilprozessrecht, Bern: Stämpfli Verlag ²2020

Peter G. Mayr, Europäisches Zivilprozessrecht, Wien: Facultas ²2020

Peter G. Mayr (Hrsg), Handbuch des europäischen Zivilverfahrensrechts, Wien: MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung ²2023

Thomas Rauscher (Hrsg), Europäisches Zivilprozess- und Kollisionsrecht EuZPR/EuIPR, Band I: Brüssel Ia-VO, Köln: Otto Schmidt ⁴2016

Thomas Rauscher & Wolfgang Krüger (Hrsg), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz und Nebengesetzen, München: C.H. Beck ⁶2022

Walter H. Rechberger (Gefeierter), *Ludwig Bittner*, *Thomas Klicka*, *Georg E. Kodek & Paul Oberhammer* (Hrsg), Festschrift für Walter H. Rechberger zum 60. Geburtstag, Wien [ua]: Springer 2005

Walter H. Rechberger & Thomas Klicka (Hrsg), Zivilprozessordnung (ZPO), Wien: Verlag Österreich ⁵2019

Christoph Reithmann & Dieter Martiny (Hrsg), Internationales Vertragsrecht. Das internationale Privatrecht der Schuldverträge, Köln: Otto Schmidt ⁸2015

Peter Schlosser (Gefeierter), *Birgit Bachmann & Christian Wolf* (Hrsg), Grenzüberschreitungen. Beiträge zum Internationalen Verfahrensrecht und zur Schiedsgerichtsbarkeit. Festschrift für Peter Schlosser zum 70. Geburtstag, Tübingen: Mohr Siebeck 2005

Peter F. Schlosser & Burkhard Hess, EU-Zivilprozessrecht. EuGVVO, EuVTVO, EuMahnVO, EuBagVO, HZÜ, EuZVO, HBÜ, EuBVO, EuKtPVO. Kommentar, München: C.H. Beck ⁴2015

Friedrich Stein & Martin Jonas (Hrsg), Kommentar zur Zivilprozessordnung. Band 12. EuGVVO, Tübingen: Mohr Siebeck ²³2022

Mattias Weller, Der Kommissionsentwurf zur Reform der Brüssel I-VO, GPR 1 (2012) 34